Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen deutsche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 36.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Donnerstag, 8. Dezember 1921

Nummer 573 · Abend-Ausgabe

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Loucheurs Absichten in London

Fortgang der Verhandlungen

Die Pariser nationalistische Presse gibt dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur, der heute in London eintrifft, den Rat auf den Weg, sich durch die Taktik der deutschen Regierung nicht hinters Licht führen zu lassen. Das deutsche „Manöver", die Forderung eines Moratoriums im letzten Augenblick einzubringen, müsse zunichte gemacht werden dadurch, daß man mit England gemeinsame Richtlinien aufstelle. Es wird in diesen Blättern weiter behauptet, daß ein Ersuchen von Rathenau nach Paris kommen zu dürfen, um die in London eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen, von der französischen Regierung abgelehnt worden sei. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß man wünsche, er möge direkt nach Deutschland zurückkehren. Diese Antwort sei deshalb erteilt worden, weil man in Paris nicht den Eindruck erwecken wollte, als ob Rathenau ein Vermittler zwischen England und Frankreich wäre.

Im Gegensatz zu diesen unfreundlichen Aeußerungen steht eine Erklärung des Ministers Loucheur gegenüber einem Vertreter des „Echo de Paris". Loucheur sagte, er werde zwei bis drei Tage in London bleiben, es sei aber auch möglich, daß er Ende dieser Woche noch nicht nach Paris zurückkehren könne. Er reise nach England, hauptsächlich, um die Frage des Wiesbadener Abkommens mit den englischen Fachministern zu besprechen. Es sei aber wahrscheinlich, daß er im Laufe seiner Anwesenheit auch mit Rathenau zusammenkommen werde. Er sei überzeugt, daß aus seinen Unterhaltungen eine Lage hervorgehen werde, die zu einem Einverständnis zwischen England und Frankreich über die Fragen führen werde, die augenblicklich zur Debatte ständen.

Aus dieser Erklärung geht wenigstens soviel hervor, daß Loucheur sich an den jetzt in London geführten Verhandlungen beteiligen wird, und daß Frankreich nicht von vornherein den deutschen Standpunkt in der Frage der Wiedergutmachung ablehnt. Dem steht auch die Versicherung nicht entgegen, daß Frankreich sich allein mit England, also unter Ausschluß Deutschlands, verständigen will. Denn der Friedensvertrag von Versailles bildet noch immer die Scheidewand zwischen den Siegerländern und dem besiegten Deutschland, und insbesondere die französische Regierung darf es mit Rücksicht auf die auch jetzt noch in Frankreich vorherrschende nationalistische Stimmung nicht wagen, die Formen und Formeln des Friedensvertrages zu verletzen. Die wirtschaftlichen Tatsachen werden sich aber doch stärker erweisen, als die politischen Voreingenommenheiten, und so darf man hoffen, daß die Verhandlungen in London einen Verlauf nehmen werden, der einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft bedeutet.

Reichsbank und Bank von England

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung" hat die Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein nach London den Erfolg gehabt, daß direkte Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England, die bisher, auch vor dem Kriege, nicht bestanden haben, aufgenommen worden sind. Die Reichsbank hat ein Konto bei der Bank von England eingerichtet und sich dort ein Guthaben geschaffen. Der gesamte offizielle Zahlungsverkehr Deutschlands in England wird künftighin bei der Bank von England konzentriert sein; für alle Devisentransaktionen, Einziehung von Wechseln usw. werde diese Neuerung von Nutzen sein, wie sie im allgemeinen als eine große Erleichterung des gesamten Zahlungsausgleiches mit England zu betrachten sei. Es wird weiter mitgeteilt, daß bei der Anbahnung dieser direkten Beziehungen zwischen den beiden Notenbanken von den maßgebenden Persönlichkeiten der Bank von England großes Entgegenkommen gezeigt worden sei.

Wenn man auch nicht daran zu glauben braucht, daß diese geschäftliche Verbindung zwischen der Reichsbank und der Bank von England sofort sichtbare politische Erfolge bringen wird, besonders in der Frage des Moratoriums und der Auslandsanleihe, so ist doch sicher, daß sie im allgemeinen auf das politische Verhältnis zwischen Deutschland und England günstig einwirken muß. Jede wirtschaftliche Verständigung, auch wenn sie sich zunächst nur auf geschäftliche Formen und technische Vorgänge beschränkt, schafft die Vorbedingungen für eine politische Annäherung.

Die Verhandlungen in London

London, 8. Dezember.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß bisher keine Entscheidung vom Finanzausschuß des Kabinetts über die deutschen Reparationen erreicht worden ist. Eine weitere Zusammenkunft, deren Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist, wird stattfinden. Loucheur wird mit Horne über die Frage der deutschen Reparationen im allgemeinen und im besonderen über die letzten Erörterungen zwischen den britischen Behörden und den deutschen Vertretern in London sprechen.

EE. **London**, 8. Dezember.

Rathenau setzt seine Besprechungen in London fort. Sein Sekretär, Dr. Simons, erklärte gestern den Journalisten, daß er über die Besprechungen zwischen Rathenau und Horne nichts sagen könne, da sie vollkommen vertraulich waren. Auch mit den Cityleuten werden die Besprechungen ebenfalls fortgesetzt. Ein Zeitpunkt für die Abreise Rathenaus ist noch nicht bestimmt worden.

Französische Erwartungen

EE. **Paris**, 8. Dezember.

Es hat den Anschein, als wollte Frankreich der Gewährung eines Moratoriums an Deutschland **kaum mehr ernstlichen Widerstand entgegensetzen.** Jules Sauerwein, dessen Beziehungen zu Briand bekannt sind, erklärt heute im „Matin", daß man Deutschland jedenfalls **einen Zahlungsaufschub von drei, vier oder gar fünf Jahren gewähren würde** unter der Bedingung, daß Frankreich durch eine Anleihe Deutschlands die Summen erhalte, die ihm gemäß dem Londoner Abkommen zufließen würden. Sollte Deutschland für die genannte Frist ein Moratorium gewährt werden, **so wäre es imstande, sein Aktivvermögen zu vermehren,** und zwar dadurch, daß es innerhalb fünf Jahren seine Handelsflotte wiederaufbauen könnte. Da inzwischen die Frachtraten in der ganzen Welt eindreiviertelmal erhöht wurden, würde Deutschland an Frachtspesen eindreiviertelmal mehr aufbringen als vor dem Kriege. Außerdem würden durch fremde Reisende viele auswärtige Devisen nach Deutschland gebracht werden, die **Deutschen könnten im Ausland Häuser, Fabriken erwerben** und Deutschlands Banken würden durch die Kommissionsgebühren bei Valutageschäfte große Einnahmen haben. **Alle diese Einnahmen könnten sich innerhalb fünf Jahren so vermehren, daß viel für die Reparationszahlungen übrigbliebe.** Doch müsse Deutschland auch eine Anleihe in ausländischen Devisen aufnehmen, die von den Neutralen, den Amerikanern und den Alliierten im großen Maße gezeichnet werden dürften. Damit aber diese Anleihe einen vollen Erfolg habe, **müsse Deutschland ein Moratorium gewährt werden.** Doch müsse man fordern, daß Deutschlands Geldeinnahmen für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe verwendet werden. Endlich müßten die ausländischen Zeichner dieser Anleihe fordern, **daß das deutsche Budget in Ordnung gebracht und der Banknotenumlauf vermindert werde.** Gegen ein derartiges Moratorium würde Frankreich nichts einzuwenden haben. Auf den Naturallieferungen würde Frankreich weiterbestehen, doch müsse es fordern, daß Deutschland eine innere Anleihe in Mark auflege, damit die deutschen Industriellen, die Frankreich beliefern, vom Reich bezahlt werden.

Amerika besteht auf Rückzahlung seiner Vorschüsse

EE. **Washington**, 7. Dezember.

In seinem Jahresbericht erklärte Staatssekretär Malone zu der Rückzahlung der Alliierten, daß alle Empfehlungen, die bisher in dieser Frage gemacht wurden, die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Kreditoperationen auf den Weltmärkten sehr ungewiß machten. **Bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage sei die Rückzahlung dieser Schulden unbedingt notwendig.** Man müsse endgültige Abmachungen treffen, damit sowohl die rückständigen Zinsen wie auch die Kapitalien selbst zurückgezahlt würden.

Lenin für weitere Zugeständnisse

OE. **Moskau**, 7. Dezember.

Auf einer Moskauer Parteikonferenz erregte eine Rede Lenins starken Widerspruch, in welcher er die Notwendigkeit eines weiteren wirtschaftlichen Rückzuges namentlich auf dem Gebiete des Handels betonte. Von mehreren Parteifunktionären, die Lenin opponierten, rief ihm einer erregt zu, er möge nicht vom Handel sprechen, da die Kommunisten in den Kerkern des alten Regimes davon nichts gelernt hätten. Der kommunistische Wirtschaftler, Larin, erklärte, Lenin habe den Beweis nicht erbracht, daß ein weiterer Rückzug nötig wäre. Der Sowjetstaat könne auch ohnedies eine Reihe von Jahren durchhalten. In seiner Erwiderung sagte Lenin, man stehe bereits mitten im Handel drin, da der in diesem Frühjahr geplante Warenaustausch sich als undurchführbar erwiesen und nur zur Wiederherstellung des Geldverkehrs geführt habe. Man könne deswegen nicht umhin, den Handel zu regeln und die schlechte Währung zu sanieren.

Der Hunger in Rußland

Genf, 7. Dezember.

Das Oberkommissariat des Internationalen Hilfsausschusses für das hungernde Rußland teilt mit: Dr. Nansen hat bei seiner Abreise von Saratow nach Samara dem Oberkommissariat folgende Mitteilung zukommen lassen: Ich bin soeben durch die Gegend von Saratow gereist. Die Lage ist sehr ernst und wird von Tag zu Tag schlimmer infolge des zunehmenden Verbrauchs aller vorhandenen Vorräte. Trotzdem hat die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe unter vorzüglicher Leitung von Mr. Webster hervorragende Arbeit geleistet und große Erfolge erzielt wie auch die American Relief Administration. Noch vor wenigen Wochen zählte man in Saratow dreißig bis vierzig Todesfälle am Tag. In den Kinder- und Flüchtlingsheimen ist aber dank unserer Küchen die Sterblichkeit gegenwärtig auf zwei bis drei Todesfälle gesunken. In Jekaterinoslaw ist die Lage schlimmer. Ich rechne auf sofortige Hilfe in großem Maßstabe, andernfalls wird die Lage verhängnisvoll werden. Ueberall sind die Bahnhöfe voll von Unglücklichen. Der Transport von Lebensmitteln von den Eisenbahnstationen ist bis jetzt mit Hilfe von Lastwagen und Pferden möglich, aber die Hilfe muß möglichst rasch erfolgen, da der kommende Schnee den Transport durch Pferde bald unmöglich machen wird. Während eines Reisetages habe ich an der Straße vierzehn tote Pferde gesehen. Falls es gelingt, sofort Hafer zu beschaffen, könnte eine genügende Anzahl von Pferden erhalten werden, um die dringendsten Transporte zu bewerkstelligen. Es ist eine dringende Pflicht, sofortige Maßnahmen zu ergreifen.

Das Zehn-Milliarden-Geschenk

Wie die Kommunisten Arbeiterinteressen vertreten

Die deutschen Kommunisten sind gelehrige Schüler Lenins. Nachdem dieser kürzlich den russischen Arbeitern zugerufen hat: „Laßt die Kapitalisten sich bereichern!" scheinen auch die **deutschen Kommunisten der Bereicherung der deutschen Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse Vorschub leisten zu wollen.** Denn das ist die einzige und sichere Wirkung des von ihnen im Steuerausschuß des Reichstags gestellten Antrages auf Aufhebung der Umsatzsteuer.

Es war zu erwarten, daß die „Rote Fahne" aus der Ablehnung dieses ebenso dummen wie demagogischen Antrags Kapital zu schlagen versuchen würde. Was kümmert es sie, daß sie gestern für die Einheitsfront der Arbeiterklasse, für das geschlossene Kämpfen aller Arbeiter, insbesondere bei den Steuervorlagen, eintrat und jetzt das Gegenteil tut? Die Leitung der Kommunistischen Partei braucht eben die Verleumdung, ohne sie kann sie nicht leben. Die „Rote Fahne" enthüllt aber die demagogischen Absichten der Kommunistischen Partei zu offen. „Die Rechtsunabhängigen Breitscheid und Hertz für die Umsatzsteuer!" so schreibt sie heute in großen Lettern über die ganze Seite. Gegenüber dieser unwahren Darstellung der Vorgänge im Steuerausschuß des Reichstages, über deren Verlauf wir bereits in der heutigen Morgenausgabe berichtet haben, wollen wir nun noch einmal feststellen, daß die beiden kommunistischen Abgeordneten Heydemann und Höllein **ihren Antrag selbst nicht ernst genommen haben.**

Heydemann hat eine Stunde geredet, Höllein fast eine halbe. **Beide haben aber zu ihrem Antrag nicht ein einziges Wort gesagt.** Erst als Genosse Hertz das feststellte, hat Höllein einige mit Heiterkeit aufgenommene Phrasen von sich gegeben, ohne auch nur im geringsten den Versuch zu machen, die sachlichen Argumente gegen den Antrag zu entkräften. Aber noch ein anderer Anhaltspunkt ist gegeben, der zeigt, daß es den Kommunisten mit ihrem Antrag auch nicht einen Augenblick ernst gewesen ist. Sie haben nämlich jetzt einen Antrag eingebracht, daß die Umsatzsteuer auf ein halbes Prozent festgesetzt wird. Sie tun also jetzt **genau dasselbe, was sie den Unabhängigen zum Vorwurf machen.** Sie treten auch für die Umsatzsteuer ein! Schärfer kann wohl die Unwahrhaftigkeit des Verhaltens der Kommunisten und die Gefährdung der Arbeiterinteressen durch sie nicht enthüllt werden.

Welche Wirkung aber würde die Annahme des kommunistischen Antrags gebracht haben? Die Umsatzsteuer, die nicht gesondert vom Preis der Waren erhoben wird, sondern in den Preis eingeschlossen ist, würde bei Fortfall der Steuer ab 1. Januar vom Unternehmer einfach nicht mehr an das Reich abgeliefert werden, obwohl diese Steuer noch in dem Warenpreis, der dem Verbraucher abgenommen wird, enthalten ist. **Die Kapitalisten würden also die etwa zehn Milliarden Mark, die die Umsatzsteuer bisher jährlich gebracht hat, behalten können.** Dem Reich aber würden sie entgehen. Das Reich müßte deshalb, um Ersatz für diese entgangenen Einnahmen zu schaffen, neue Noten drucken. Die Papierflut würde also vermehrt werden, die Geldentwertung steigen, und damit müssen selbstverständlich auch die Preise aufs neue stark in die Höhe gehen. Die Arbeiter hätten also nicht nur keinen Vorteil, sondern durch die Preissteigerung sehr erhebliche Nachteile. **Die lachenden Dritten wären die Unternehmer aller Art, sie hätten mit Hilfe der Kommunisten ein Geschenk von zehn Milliarden Mark erhalten.** Die Kommunisten haben eben immer noch nicht begriffen, daß, wenn in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine indirekte Steuer bereits besteht, ihre Abschaffung in der Regel nicht den Verbrauchern, sondern nur den Erzeugern und Händlern zugute kommt. Mehr als zu irgendeiner anderen Zeit ist das gegenwärtig der Fall, denn nie ist die Ueberlegenheit der Erzeuger und Händler und die Abhängigkeit der Verbraucher so groß gewesen wie jetzt.

Das Verhalten der Kommunisten gefährdet aber nicht nur die so dringend notwendige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien gegenüber den Anschlägen der bürgerlichen Parteien auf die Arbeiterklasse bei den Steuervorlagen, sondern offenbart auch ein Maß von Hinterhältigkeit, das die Arbeiterinteressen direkt schädigt. **Wieder einmal lassen sich die Kommunisten nicht von den Arbeiterinteressen leiten, sondern nur von der Sucht, durch Verleumdungen neue Zwietracht in die Arbeiterschaft hineinzutragen.** Damit dürften sie jedoch gegenwärtig sehr wenig Erfolg haben.

Aus dem Landtag

Im preußischen Landtag wird gegenwärtig mit Hochdruck gearbeitet, um die Etats zu erledigen. Ein Interesse an den Beratungen ist aber so gut wie nicht vorhanden. Das kommt wohl in der Hauptsache daher, daß sich die Etats auf eine Zeit beschränken, die bereits am 31. März dieses Jahres abgelaufen war. Die angeforderten Mittel sind also bereits verausgabt und die Beratungen tragen nur noch formellen Charakter. Der Gesamtetat soll noch vor Weihnachten verabschiedet werden, damit sich der Landtag nach den Weihnachtsferien an die Beratung wichtiger Gesetzesvorlagen machen kann. Hoffentlich sind inzwischen auch die neuen Etats fertiggestellt worden, damit wenigstens für das laufende Jahr eine gründliche Beratung ermöglicht wird und die bisherige Schlamperei, die insbesondere während der ministeriellen Herrlichkeit des Herrn Stegerwald eingerissen war, endlich ein Ende findet.

In der gestrigen Nachtsitzung hielt, nachdem der Landwirtschaftsetat erledigt war, der neue Handelsminister Siering seine Jungfernrede zum Bergetat. Er hob hervor, daß die Arbeitsfreudigkeit sich gehoben habe, und sprach dann den großen Satz gelassen aus: Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich zum Wiederaufbau Deutschlands zusammenfinden! Eine drohende Erwerbslosigkeit, so fuhr er fort, werfe ihre Schatten voraus. Die Kohlenproduktion sei im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, der Friedensstand sei aber noch nicht erreicht und die Kohlenmenge sei immer noch sehr knapp. Die Entente müsse darauf verzichten, monatlich 2 Millionen Tonnen von uns zu verlangen. Viele Hochöfen seien bereits ausgeblasen. Im Augenblick mache die Ernährung der Arbeiter im Westen große Sorge. Die Kartoffelnot sei bedrohlich, die Preise schamlos hoch. In Essen sei dieser Tage der Zentner Kartoffeln zu 150 Mark verkauft worden. Gegen diesen Wucher schlimmster Art müsse eingeschritten werden.

Herr Siering versprach dann die Einbringung von mehreren Gesetzesvorlagen zur Regelung der Verhältnisse im Bergbau, und er setzte sich schließlich für ein Grubensicherheitsamt ein, das so schnell wie möglich geschaffen werden müsse. Das Haus vertagte sich hierauf auf Freitag vormittag 11 Uhr.

*

Der Geschäftsordnungsausschuß des preußischen Landtags wird sich am Freitag mit mehreren Anträgen beschäftigen, die die Aufhebung der Immunität verschiedener kommunistischer Abgeordneter verlangen. Gegen den Abgeordneten Ziegler-Breslau, der vor einiger Zeit aus der Kommunistischen Partei ausgetreten ist, schwebt ein Strafverfahren, das sich auf die Tätigkeit Zieglers während der sogenannten Märzaktion bezieht. Der Fall hat bereits schon einmal den Landtag beschäftigt, und es wurde damals beschlossen, die Angelegenheit erneut dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen, da Ziegler in einem Brief mitgeteilt hatte, daß von der Parteileitung mit seinem Namen Mißbrauch getrieben worden sei. Auch der Fall Eberlein wird am Freitag in der Geschäftsordnungskommission zur Verhandlung kommen. Angesichts der Rolle, die Eberlein auf Grund der veröffentlichten Akten während des Märzputsches gespielt hat, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich die Mehrheit des Landtags für Aufhebung der Immunität einsetzen wird. Auch die Rechtssozialisten wollen dafür stimmen. Für uns handelt es sich dabei um eine grundsätzliche Frage, und deshalb wird die unabhängige Landtagsfraktion gegen die Aufhebung der Immunität stimmen.

Die Pistole auf die Brust!

Die Agrarier rüsten zu einer Aktion!

Vor einigen Wochen hatte eine Tagung der deutschen Bauernvereine sich mit der Frage der Kredithilfe und mit den Steuerfragen befaßt und dabei genau so wie die Industriellen Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung die Auflösung des Staatswesens zur Folge haben müßten. Nunmehr teilt die „Tägliche Rundschau" mit, daß am 15. Dezember im großen Saal des Herrenhauses eine politische Kundgebung „der gesamten deutschen Landwirtschaft" stattfinden werde. Die Einladung dazu geht vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft aus, der ein Seitenstück zum Reichsverband der deutschen Industrie bildet. Einflußreiche Führer der Agrarier, wie Roesicke, Hepp (Reichslandbund), Kerckerinck-Borg (Bauernvereine), Dr. Heim, Franz Behrens (Christlicher Landarbeiterverband), führende Agrarpolitiker, wie der Präsident des Reichswirtschaftsrats Edler v. Braun u. a., sollen der Tagung ihr Gepräge geben.

Was diese Kundgebung bezweckt, ist ohne weiteres klar. Das agrarische Kapital will sich in inniger Uebereinstimmung mit dem industriellen Kapital der Herrschaft des Staats bemächtigen, indem sie an die Stelle der gemeinsamen Interessen der minderbemittelten Bevölkerung, also der gewaltigen Mehrheit des Volkes, ihre eigenen selbstsüchtigen Interessen stellen. Dem Reich soll jetzt die Pistole auf die Brust gesetzt werden. Gegenüber den maßlosen Ansprüchen der kapitalistischen Kreise ist dringender denn je notwendig, daß die Arbeiterklasse alle Maßnahmen durchführt, die der Abwehr des Frontalangriffs des Kapitals dienen. Dem Bekenntnis der kapitalistischen Kreise zur Steuersabotage und zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Reichs müssen mit erhöhtem Nachdruck die Forderungen aufgestellt werden, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Unabhängige Sozialdemokratie aufgestellt haben!

Die Einstellung der Zeitungen droht

Kohlennot der Zeitungsdruckpapierfabriken

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger teilt mit:

Vor einigen Tagen hat bereits die gesamte Presse die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß infolge mangelhafter Wagengestellung die Zufuhr von Zeitungsdruckpapier nach Berlin gefährdet sei. Dieser Notstand ist noch nicht behoben und schon droht der Berliner Presse eine neue nicht geringere Gefahr. Wie der Verband Deutscher Druckpapierfabriken der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger mitteilt, sind eine Reihe von Zeitungsdruckpapierfabriken wegen Kohlenmangels bereits zum Stillstand gekommen. Eine Anzahl anderer Fabriken haben einzelne Maschinen abstellen müssen. Die Papierfabriken C. T. Leonhardt in Niederschlema stehen gänzlich, die große sächsische Papierfabrik von Kübler und Niethammer in Kriebstein teilweise, ebenso die Papierfabrik Sebnitz. Die Weißenbacher Fabrik E. Hoffmann u. Co. und die Papierfabrik Ahlbruck u. Eitringen stehen dicht vor dem Stillstand. Wird hier nicht umgehend vom Reichsverkehrsminister und vom Reichskohlenkommissar Abhilfe geschaffen, so wird Berlin in den nächsten Tagen ohne Zeitungen sein. Wir richten nunmehr an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, sich für diese Angelegenheit aufs lebhafteste zu interessieren, da es sich hier nicht um eine privatwirtschaftliche Frage, sondern um eine Angelegenheit von größter politischer und nationaler Tragweite handelt.

Stimme aus der Unterwelt

Der deutsche Adel grüßt Herrn Brunner

Es ist etwas sehr hübsches passiert. Herr Adelsmarschall und Wirkl. Geh. Rat von Berg hat im Namen des deutschen Adels an den Reigen-Brunner folgenden amüsanten Brief geschrieben:

Der Adelsausschuß der Deutschen Adels-Genossenschaft spricht im Namen des gesamten deutschen Adels Ihnen und Ihren Mitkämpfern und Mitkämpferinnen Dank und Anerkennung aus für Ihr tapferes und ritterliches Verhalten im „Reigen"-Prozeß.

Ueber künstlerischen Wert und Tendenz des Stückes mag man verschiedener Ansicht sein, zweifellos ist, daß die öffentliche Vorführung solcher Szenen der christlichen Moral und Weltanschauung widerspricht. Wir treten ein für die Würde der Frau; wir sehen in ihr die Gefährtin des Mannes, die Mutter unserer Kinder und kommenden Geschlechter, der wir Ehrfurcht und Achtung entgegenbringen.

Solcher uns durch unsere Ueberlieferungen in dem deutschen Adel vererbten christlichen Auffassung schlägt die öffentliche Vorführung von Szenen, wie sie der „Reigen" enthält, ins Gesicht. Es liegt übrigens eine bittere Ironie darin, daß fast in dem gleichen Augenblick, in dem der Frau gesetzlich völlige Gleichstellung mit dem Manne gewährt wurde, ein gerichtliches Urteil die Aufführung von Szenen gestattet, durch welche dieselbe Frau zur Sklavin der Leidenschaft ausschweifender Männer herabgesetzt wird.

Das Gericht hat zugunsten der modernen religionslosen Weltanschauung entschieden. Der deutsche Adel vertritt die christliche Weltanschauung und will sie auch öffentlich bekennen.

Deshalb ergreifen wir die Gelegenheit, Ihnen gegenüber unsere Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Mit den Vertretern des deutschen Adels über die Würde der Frau oder andere ernste Dinge zu streiten, wäre verfehlt. Auseinandersetzungen mit den Geistern der Abgeschiedenen überlassen wir den Spiritisten, die Fachleute auf dem Gebiete sind. Herrn Brunner aber gratulieren wir zu diesen Kampfgenossen. Die passen zu ihm. Er und seine Anschauungen können in der Gegenwart etwa die gleiche öffentliche Geltung beanspruchen wie der deutsche Adel, der durch den Mund des Herrn von Berg aus der historischen Unterwelt zu uns spricht.

Jagow vor dem Reichsgericht

Leipzig, 8. Dezember.

Die heutige Verhandlung wird um 9¼ Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Es sind zwei Zeugen erschienen, die vom Präsidenten auf die Bedeutung des Eides hingewiesen werden.

Der Angeklagte v. Jagow erhält zunächst das Wort, um sich gegen angebliche Mißverständnisse seiner gestrigen Angaben in der Presse zu verwahren. Er bittet, ihm und den Mitangeklagten einen Tisch zur Verfügung zu stellen, damit sie sich Notizen machen können. Der Präsident trifft die entsprechenden Anordnungen.

Dann wird in die Zeugenvernehmung eingetreten.

Zeuge Kaufmann Fritz Grabowski aus Berlin, der, da er verdächtig ist, am Kapp-Putsch beteiligt gewesen zu sein, zunächst nicht vereidigt wird, sagt aus: Ich habe mit Kapp vor allen Dingen wirtschaftspolitische Fragen und die Versorgung der entlassenen Heeresangehörigen besprochen. Die Grundsätze der Nationalen Vereinigung habe ich Kapp nicht dargelegt, da er sie schon kannte. Die Vereinigung war gegründet worden zur Zusammenfassung aller Parteien. Die Angehörigen der einzelnen Parteien sollten von ihrer Parteiansicht keinen Gebrauch machen, soweit es sich um wirtschaftliche Fragen handelte. Die Furcht vor dem Eindringen des Bolschewismus spielte bei den Bestrebungen der Vereinigung eine Rolle. Die Nationale Vereinigung hatte noch keine festen Mitgliederlisten, war überhaupt noch im Entstehen begriffen.

Hauptmann Pabst war Mitglied und Geschäftsführer, Oberst Bauer gehörte der Vereinigung jedoch nicht an. Daß die Angeklagten Mitglieder waren, ist mir nicht bekannt. Lüttwitz habe ich in der Reichskanzlei kennen gelernt. Von Vorbereitungen zu dem Putsch habe ich nichts erfahren. Ich glaube, daß solche überhaupt nicht stattgefunden haben. Die Satzungen der Nationalen Vereinigung sind in zwei Zeitschriften veröffentlicht worden, da wir keinen Grund hatten, unsere Ziele zu verheimlichen.

Am 10. oder 11. März sollte ich verhaftet werden. Da ich aber krank war, ließ man mich in meiner Wohnung. Da ich zu Bett lag, war ich von den Vorgängen in Berlin nicht unterrichtet. Als ich dann später aus dem Fenster sah, wurde mir gesagt, daß Kapp in der Reichskanzlei sitze.

Das chinesische Problem

Washington, 7. Dezember.

Der Neun-Mächte-Ausschuß für die Fragen des Fernen Ostens hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die China die territoriale Integrität zusichert und ihm die Benutzung der Funkenstationen gestattet. Der Ausschuß hat ferner eine Entschließung angenommen, wonach China im Falle eines Krieges, an dem es nicht selbst teilnimmt, neutralisiert sein soll.

933 Millionen Mark Defizit in Preußen. Nach einer Mitteilung der Regierung im Haushaltsausschuß des preußischen Landtags haben sich die Einnahmen des preußischen Staatshaushalts um 1426,9 Millionen erhöht. Es bleibt gleichwohl noch ein Fehlbetrag von 933,1 Millionen, der im wesentlichen aus der in Vorbereitung befindlichen Grundsteuer gedeckt werden soll. Bei den unsicheren Verhältnissen wird auch für das neue Haushaltsjahr 1922 mit einem erheblichen Fehlbetrag gerechnet.

Handelsabkommen zwischen Deutschland und Portugal. Zwischen Deutschland und Portugal wurde auf die Dauer eines Jahres ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen und in Lissabon unterzeichnet.

Kündigung des Bergarbeitertarifs. Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebiets kündigten die ab 1. November gültige Lohnordnung zum 31. Dezember 1921.

Die Verhandlungen in Oberschlesien. Die deutschen Abordnungen für die Unterkommissionen für die deutsch-polnischen Verhandlungen sind Mittwoch abend in Beuthen eingetroffen.

Die Wahlen in Kanada führten zu einem großen Siege der liberalen Partei. Der Premierminister Meighen und sieben andere Kabinettsmitglieder sind nicht wiedergewählt worden.

Das wiedererstehende Oppau

Aus Ludwigshafen a. Rh. wird uns geschrieben: Ueber Trauer und Weh, über Zerstörung und Entsetzen des Explosionstages im September ist langsam die Zeit gestrichen. Die Oppauer Bevölkerung steht nicht im Mittelpunkte des großen Interesses. Kränze und Blumen welken auf den Totenhügeln der Verunglückten. Die letzten Gedächtnisfeiern auf den Kirchhöfen der umliegenden Dörfer sind gehalten worden, zuletzt gedachten die Oppauer in großartigen Totenfeiern ihrer jäh verschiedenen Angehörigen. Noch sind nicht alle Vermißten und Verschütteten aus den Trümmern geborgen, und die um sie trauern, warten leidgefaßt noch täglich auf eine Kunde, die ihnen melden soll, daß bei den Aufräumungsarbeiten auch ihr Vermißter gefunden worden ist. . . . Draußen im Nordstadtteile Ludwighafens im neuerbauten schönen hellen Häuserblock haben annähernd hundert Familien, deren Häuser in Oppau zerstört wurden, Notquartiere gefunden. Andere sind in benachbarte Dörfer gezogen, sie bangen sich wie erschreckte Kinder vor ihrem verlassenen Dorfe und wollen nicht wieder dahin zurück. Die meisten, wohl über tausend, wohnen in den vielen aufgestellten Wohnbaracken im Explosionsdorfe.

An einem der letzten unfrohen Novembertage habe ich abermals eine Fahrt nach Oppau unternommen. Das kleine Lokalbähnchen, das zu bequemer Mittagszeit die Marktfrauen und die Oppauer Schulkinder aus den städtischen Schulen dorfzu befördert, nahm mich mit. Ohne Geschwindigkeit rasselt der Zug durch das trübe Anilinviertel, am Stadtsaume vorüber, durch tote Aecker, leere Gartenstücke auf die große Landstraße, die wochenlang die Schwärme neugieriger Menschen getragen hat. Jetzt zieht sie wie eine leblose Schlange durch die winterliche Ebene und durch düstere Ausläufe des Oppauer Werkes. Ueber die Einsamkeit pustet kalt der Wind. Im Hintergrunde legen sich die schweren Bergschatten der Haardtkette und der Bergstraße auf die verschwommenen Umrisse des Dorfes.

Vom toten Fabrikgebäude herüber dringt verwehender Lärm der Förderwagen, die durchs Trümmerfeld rasseln. Man blickt diesen wiegenden, schaukelnden Eisenwagen nach wie den ersten Boten eines wieder einsetzenden Betriebslebens. Trotz der riesenhaften Verwüstung soll hier schon in den nächsten Tagen wieder die Arbeit und das Schaffen von neuem mit der Herstellung von Ammoniak und Ammonsulfat aufgenommen werden. Einem finstern Riesenauge in einem unheimlichen Gesicht gleicht der schaurige dreißig Meter weite Wassertrichter, der an jenem Unglücksmorgen die Siloanlage begrub. Auf seinem schwarzen Grunde mögen noch Tote liegen; viele konnten hier schon geborgen werden. An der Landstraße breiten sich Schuttablagerungsstätten aus, auf denen Kinder und arme Alte nach brennbarem Holz suchen. . . .

Das Dorf liegt unter Schatten der Wehmut wie vor seiner Auferstehung. Niedergelegt sind vollständige Straßenzüge, sauber aufgeräumt alle Höfe und Gassen. Was noch ausbesserungsmöglich war an Häusern und Ställen, ist ausgebessert worden. Dächer und Mauern, Tore und Türen sind geflickt. Doch wiederaufgebaut ist noch keines der eingestürzten Häuser. Damit kann erst im nächsten Jahre der erste Anfang gemacht werden. Langsam haben die Scharen der Bauhandwerker das Dorf wieder verlassen, mit ihnen Ingenieure und Baumeister, die alle großartige organisatorische Arbeit geleistet haben. In winterlicher Vorbereitung liegt der zerrissene Ort. Zwischen den stehengebliebenen Häusern, auf Brachland und in verwischten Gärten, selbst auf dem alten Gottesacker richten sich die Barackenstraßen in langer Flucht oder in Kolonien auf. Man übersieht eine merkwürdige, neue Siedlung, die fast an ein russisches Dorf erinnert oder an die fliegenden Arbeiterkolonien auf betriebsamem Gelände.

Mitten hinein in das Barackenviertel sind die Behörden des Wohnungsamtes und der Bekleidungsstelle gezogen, und eine Ader des Tagesbetriebes hat sich aus der eigentlichen Dorfmitte in diese kleine Bretterwelt verlegt. Hier wird der Wohnungsuchende beraten, hier werden Barackenräume mit 1—3 Räumen, je nach Kopfzahl der Familie, verteilt und Beschwerden und Wünsche berücksichtigt und geprüft. In den Baracken (die meisten stammen aus der Kriegszeit) richten sich nun die vom Unglück Betroffenen ein, oft mit unsäglich gutem Willen. Aermlich und unfroh sieht es in vielen dieser Notwohnungen aus. Ich unterhalte mich mit einigen ihrer Bewohner, denen von der gesamten Habe oft nicht einmal eine Bettlade oder eine Schüssel erhalten blieb. Manche Familie ist traurig zusammengeschmolzen, der Vater und die größeren Brüder fehlen. Zurückgekommen sind jetzt allmählich alle die in Pflege gegebenen Oppauer Kinder, keines ist mehr in der Fremde, keines soll mehr abgegeben werden, wie der Oppauer Gemeindevorstand öffentlich bekanntgibt. Denn noch immer melden sich aus vielen Gegenden Deutschlands wohltätige Menschen, die ein Oppauer Kind betreuen möchten.

Etliche Alte im Dorf erzählen, wie oft schon großes Ungemach über ihre Heimat hereingebrochen sei. Im Jahre 1822 begruben die brausenden Wasser eines plötzlichen Dammbruches die halbe Bevölkerung von Oppau. Die übrigen retteten sich in höchster Not auf die Bäume. Da zog ein Sturmwind daher, knickte die Bäume, so daß auch diese Unglücklichen zugrunde gehen mußten. Neu aufgebaut wurde damals das grün gebettete Dorf, das viele Jahrhunderte älter ist als die benachbarte große chemische Stadt am Ufer des Rheins.

R. Kaulitz-Niedeck

Der Reigen der Ruhelosen. Daß der „Reigen"-Prozeß mit dem Freispruch der Strafkammer — o, es gibt noch Richter in Berlin! — nicht beendet sein würde, war vorauszusehn. Es hält ja in Preußen nicht schwer, solchen Dingen ein Prophet zu sein. Man konnte wissen, daß sich an den Reigen der Mucker der Reigen der Ruhelosen, die fragen und forschen, wie richten wir es ein, damit sich Derartiges nicht wieder ereignet, lieblich anschließen werde. Und wirklich, schon beginnt er sich kräftig zu rühren, dieser Reigen der Ruhelosen, und beamtete und „zuständige" Stellen haben bereits ihre Denkerstirnen in Falten gelegt und über die zielbewußteste und zweckmäßigste Abwehr orakelt. Man glaubt in diesen Kreisen ganz außerordentlich fortschrittlich und freiheitlich zu sein, wenn man zunächst mal die Forderung aufstellt, der Strafrichter darf hinfüro nicht mehr in Anspruch genommen werden, wenn es sich um Kunst und Künstler handelt. Aber, aber, eine Instanz muß es geben, die da kühn gebeut. Eine Zensur haben wir nicht mehr. Doch man weiß sich schnell zu helfen, und erleichtert ruft man aus: Ja, wozu haben wir denn die Polizei? Daß Polizei und Kunst immer nur nach der überaus harmonischen Melodie des Liedes von der Kuh im Porzellanladen zusammengebracht werden können, das geht den preußischen Beamten der Republik nicht in den Kopf.

Geplant wird nun folgendes: Wenn eine Theatervorstellung geeignet ist, die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit zu stören, dann kann ein polizeiliches Aufführungsverbot erfolgen. Also: die Zensur ist tot, es lebe die Zensur! Der Theaterleiter aber, den ein solches Aufführungsverbot betroffen hat, kann dagegen an das Verwaltungsgericht appellieren. Daneben gehen Bestrebungen nach einem neuen Gesetz. Diesen herrlichen Helfern der Kunst darf man wohl mit aller Bescheidenheit entgegenhalten, daß wir in Preußen, weiß der Teufel, Gesetze genug haben. Andere wieder im Reigen der Ruhelosen rufen nach einer besonderen Kunstkammer mit der obersten Instanz eines Kunsthofes.

Wie beschämend und wie bezeichnend dafür, daß in Kunstangelegenheiten in Preußen immer noch vollendete Unmündigkeit und eine unausrottbare Kindlichkeit das große und entscheidende Wort haben, kommen doch alle diese Erwägungen von „berufenen" beamteten Stellen. In ihrer vollständigen Hilflosigkeit sehen sie das Heil nur in der Instanz, und keinem von ihnen kommt der glückliche Gedanke: Hier gibt, hier kann es nur eine Instanz geben, und die ist das Publikum, ist das Volk, um dieses so oft verlästerte und verletzte Wort wieder zu gebrauchen und in Ehren zu bringen, das sind alle die, die Kunst genießen wollen und die es mit Entrüstung zurückweisen werden, wenn man ihnen statt Schönheit Schmutz bietet.

Der Innenminister Severing hat unlängst im Landtag zum Fall Brunner Stellung genommen. Aber, was er sagte, war, wie der Berliner es nennt, halbseiden. Mit der einen Hand verurteilte er Herrn Brunner, mit der andern sprach er ihn heilig. Wir würden es begrüßt haben, wenn er seine Polemik prägnant damit geschlossen hätte: für Herrn Brunner ist ferner kein Platz im Polizeipräsidium!

K. K.

Der Widerhall

Pressestimmen zur Einigungsfrage

Der Leitartikel unserer Sonntagsausgabe hat in der Presse aller Parteischattierungen Beachtung gefunden. Die hin und her schwankende Haltung der kommunistischen Presse haben wir an dem Beispiel der „Roten Fahne" dargestellt, und die kommunistischen Blätter der Provinz folgen den Spuren ihres Zentralorgans. In der rechtssozialistischen Presse ist die Meinung geteilt. Ein Teil der Blätter stimmt dem Grundgedanken des Artikels zu, einige andere sprechen von einem „wilden Durcheinander in der Einigungsfrage" auf der Linken. Eine Anzahl Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratie hat den Artikel ohne Kommentar wiedergegeben. Die „Bremer Arbeiterzeitung" leitet ihn mit den Worten ein, daß er zu dem Thema „Einigung der Arbeiterklasse" einige recht bedeutungsvolle „Gedanken beiträgt und in seinen Schlußfolgerungen den Ernst und die Wichtigkeit des Einigungsproblems mit Recht betont". Die „Nordhäuser Volkszeitung" versieht den Artikel mit der Ueberschrift „Gemeinsames Wollen". Die Redaktion der „Tribüne" in Erfurt schließt eine Anmerkung mit folgenden Worten:

„Wir bringen die Ausführungen der „Freiheit"-Redaktion deshalb, weil es heute mehr denn je zuvor nötig ist, die Einigung der gesamten Arbeiterklasse anzustreben. Daß dazu natürlich auch eine gemeinsame Kampffront der S. P. D., U. S. P. und K. P. D. gehört, ist jedem Klassenkämpfer eine Selbstverständlichkeit."

Die „Leipziger Volkszeitung" brachte erst längere Auszüge aus dem Artikel; in ihrer Ausgabe vom Mittwoch nimmt sie in einem Leitartikel dazu Stellung. Der Artikel schließt folgendermaßen:

„Das Problem, das die „Freiheit" in ihrem Sonntagsartikel aufwirft, ist nun folgendes: Sollen wir die Einigung des Proletariats in Form einer Verständigung zwischen den drei Parteien suchen, bei der naturgemäß eine jede der drei Parteien auf einen Teil ihrer bisherigen taktischen Auffassungen verzichten müßte, oder soll man bei kommenden Einigungsbestrebungen die parteiprogrammatischen Grundsätze der U. S. P. D., von denen man kein Jota aufzugeben gewillt sei, in den Vordergrund schieben. Die „Freiheit" läßt sich von Vorgängen leiten, die in der deutschen Arbeiterbewegung bereits von großer Bedeutung waren. An der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung zeigte sich ein ähnlicher Zustand der Zerklüftung wie in unsern Tagen. Die Lassalleaner kämpften gegen die Eisenacher. Durch die einsetzenden Verfolgungen der Aera Tessendorf, durch die Reichstagswahlen vom Jahre 1874 indes wurden die Gegensätze überbrückt, die scharfen Spitzen in der Agitation schliffen sich ab, und man fand sich zusammen an dem gemeinsamen Verhandlungstisch zu Gotha und schuf eine geschlossene, einheitliche sozialdemokratische Arbeiterpartei. Weder die Lassalleaner noch die Eisenacher waren imstande, ihren programmatischen Auffassungen alleinige Geltung zu verschaffen. Es kam zu jenem vielbekämpften Gothaer Einigungsprogramm, gegen das Karl Marx mit aller Schärfe die Feder führte. Das Programm an sich hat keine besondere Bedeutung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erlangt, indes die Einigung war herbeigeführt, und wäre das Sozialistengesetz nicht gekommen, dann wäre aller Wahrscheinlichkeit nach das Erfurter Programm bereits um ein Jahrzehnt früher gebildet worden. Jede der beiden streitenden Parteien hatte von ihren programmatischen Auffassungen einen Teil abgestrichen, und nur so wurde eine Einigung ermöglicht.

Heute liegen freilich die Verhältnisse viel komplizierter, wir haben nicht zwei, sondern drei größere Parteien, die Klassengegensätze haben sich bei weitem verschärft, die Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse differenziert, so daß naturgemäß die Situation von Gotha nicht mit der heutigen verglichen werden kann. Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß eine Einigung zustande kommt, indem man etwa die drei Programme der Parteien durcheinanderwürfelt. Auch die „Freiheit" will zunächst keine organisatorische Vereinigung, immerhin wird die Notwendigkeit einer geschlossenen Aktion von allen drei Parteien anerkannt, und es sollte dahin gewirkt werden, daß die Möglichkeit, geschlossene Aktionen durchzuführen, gegeben wird. Das braucht zunächst nicht durch eine Aufgabe bestimmter Programmgrundsätze zu erfolgen, vielmehr würde eine Zusammenfassung etwa in der Form der englischen Labour Party genügen, die Einheitlichkeit der Aktionen zu gewährleisten. Freilich wäre die Voraussetzung dazu, daß sich die angeschlossenen Organisationen im Rahmen der gefaßten Beschlüsse bewegen müßten, während die parteitaktischen Auseinandersetzungen unbeschadet weitergeführt werden könnten. Die „Freiheit" schreibt, daß der Versuch einer gegenseitigen Verständigung nicht unbedingt ein „Verrat an unseren Grundsätzen" sei, „wer so denke, der schätze die Beweiskraft unserer Auffassung sehr gering ein und verneine damit zu gleicher Zeit die bisherige Existenzberechtigung unserer Partei". Die Existenzberechtigung unserer Partei aber, ihre geschichtliche Aufgabe beruht darin, den Kampf der Arbeiterklasse auf den Klassenstandpunkt zurückzuführen und unser bester Helfershelfer dazu wird die Entwicklung der Klassengegensätze selbst sein.

Wir haben einen trefflichen Verbündeten in dem Kampfe um die Durchsetzung unserer Parteigrundsätze in der Klassenscheidung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Möglichkeit dieser Durchsetzung aber müßte um so mehr gegeben sein, wenn wir die Möglichkeit hätten, im Rahmen der Gesamtarbeiterbewegung, im Rahmen einer Gesamtaktion der Arbeiterbewegung unsern parteipolitischen Grundsätzen des Klassenkampfes nach rechts sowohl gegen den Reformismus und nach links gegen die blanquistischen Bestrebungen des Putschismus Geltung zu verschaffen. Betrachtet man das Einigungsproblem nicht lediglich vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus, sondern läßt man die ökonomischen Grundtatsachen mitsprechen, dann muß die Verständigung mit den übrigen Arbeiterparteien zu gemeinsamen Aktionen nicht notwendigerweise eine Preisgabe unseres programmatischen Grundsatzes des Klassenkampfstandpunktes sein."

Schließlich sei noch vermerkt, daß die rechtsstehende Presse mit wütendem Geschimpfe über unseren Artikel hergefallen ist. Die „Deutsche Tageszeitung" zitiert ein Sätzchen aus der Resolution der Berliner Generalversammlung vom Sonntag und schließt daraus, daß die U. S. P. gewillt sei, „sich auf den Boden des kommunistischen Revolutionsprogramms zu stellen". Dadurch sei aber die bolschewistische Gefahr für den Staat ungeheuer gewachsen; die Unabhängigen seien doch gleichsam eine Regierungspartei, denn die Rechtssozialisten könnten nur mit ihrer Hilfe ihre augenblickliche Machtposition erhalten. Das Blatt stößt nun folgende Warnung aus:

„Durch diese Vorgänge gewinnt der Ruf der „Freiheit" nach Einigung des Proletariats ein ganz neues Gesicht, das auch durch eine beruhigende Handbewegung des „Vorwärts" nicht verdeckt werden kann. Man darf wohl hinsichtlich dieser Tatsachen von der S. P. D. verlangen, daß sie klipp und klar erklärt, ob sie als angeblich demokratische Partei das verfassungszerstörende Gebaren der Unabhängigen mit ihren Verbrüderungsbestrebungen für vereinbar hält. Ebenso ist es Pflicht der bürgerlichen Kreise, auf die Vorgänge innerhalb der sozialistischen Linken ein wachsames Auge zu haben."

Wie man sieht, erkennt die Reaktion durchaus, daß sie ihre Stellung nur solange halten kann, wie das Proletariat im Bruderkampf seine besten Kräfte verbraucht. Nichts fürchtet sie so sehr wie die Wiederherstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse auf dem Boden der sozialistischen Erkenntnis, auf der Grundlage des Klassenkampfes.

Zusammenbruch der Kohlenversorgung

Kohlenmangel der Eisenbahn.

Das Reichsverkehrsministerium und der Reichskohlenkommissar teilen mit: Die Betriebslage bei der Reichsbahn ist immer noch äußerst gespannt, weil der schon über drei Wochen anhaltende Frost an vielen Stellen anfangs dieser Woche 10 bis 12 Grad betrug, wozu noch betriebserschwerende Winde und Nebel auftraten. Damit verschlechtert sich aber der Wagenumlauf; der Wagenmangel nimmt zu. Und das alles zu einer Zeit, wo die zugefrorenen Wasserstraßen für den Transport ausscheiden. Die Kohlenversorgung leidet unter diesen Verhältnissen besonders. So ist zum Beispiel die Wagengestellung für Kohlen an der Ruhr von 21 000 auf rund 15 000 Wagen täglich gesunken, so daß, da die Ententekohlenzufuhr zu fahren ist, selbst die Eisenbahn nicht mehr genügend beliefert wird. Ihr Kohlenbestand sank in einzelnen Bezirken bis auf drei Tage Vorrat. Da die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs die erste Voraussetzung für das Inganghalten der gesamten Wirtschaft ist, muß die Reichsbahn zunächst mit Kohle stärker als in letzter Zeit beliefert werden. Wenn dadurch für andere Verbraucher vorübergehend weitere Kürzungen in der Kohlenversorgung eintreten, so muß dieser Nachteil im Interesse der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in Kauf genommen werden.

Die Eisenbahndirektion Berlin rechnet infolgedessen mit Betriebseinschränkungen und gibt für diesen Fall bekannt, daß der Vorverkauf von Bettkarten für die etwa ausfallenden Schlafwagenzüge Berlin—München, Berlin—Frankfurt, Berlin—Köln und den Eilzug Berlin—Altona von vier auf zwei Tage beschränkt wird.

•

Von einer Berliner Lokalkorrespondenz wird mitgeteilt, daß die Kraftstromversorgung Berlins durch die Fernleitungen von Golpa und Trattendorf bis auf weiteres gesichert sei. Dagegen ist die Versorgung der Gaswerke völlig unzureichend. Besondere Maßnahmen des Magistrats sind noch nicht bekannt geworden.

70 Prozent Mietszuschlag

Der Beschluß des Magistrats

In später Abendstunde wurde gestern der Bericht über die Beschlüsse des Magistrats über die Erhöhung der Mietszuschläge verbreitet. Wir entnehmen ihm folgendes:

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Berliner Magistrat mit dem Vorschlag des städtischen Ausschusses für Wohnungswesen, die Zuschläge auf die Friedensmieten, die bisher 45 Prozent für Wohn- und 60 Prozent für gewerbliche Räume betragen haben, auf 90 beziehungsweise 120 und 150 Prozent zu erhöhen. Der Magistrat beschloß in Abweichung von diesem Vorschlage folgende Neuregelung der Höchstmieten, die am 1. Januar 1922 in Kraft treten soll:

Als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wird ein Zuschlag von 70 Prozent mit folgenden Ausnahmen festgesetzt: 1a) Für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 120 Prozent, wenn der Mietzins vom 1. Juli 1914 jährlich mehr als 800 Mark, aber nicht mehr als 2400 Mark betragen hat.

1b) Bei Mietverhältnissen, die sich sowohl auf Wohnräume als auch auf Räume der in Absatz a bezeichneten Art erstrecken, beträgt der Höchstzuschlag ebenfalls 120 Prozent, falls der Mietzins nicht nach der verschiedenartigen Benutzung der Räume getrennt vereinbart war und jährlich mehr als 800 Mark, aber nicht mehr als 2400 Mark betragen hat.

2a) Für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Bureau- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, beträgt der Höchstzuschlag 170 Prozent, wenn der Mietzins vom 1. Juli 1914 jährlich mehr als 2400 Mark betragen hat.

2b) Die unter 1b getroffene Bestimmung findet entsprechende Anwendung.

Unberührt bleiben die laufenden Verträge.

•

Die Mieten folgen der allgemeinen Angleichung aller Preise an die Geldentwertung. Trotzdem muß das Bestreben der gesetzgebenden Körperschaften darauf gerichtet sein, die minderbemittelte Bevölkerung vor dem Segen einer allzu freien Wirtschaft und ihren unerträglichen Mehrbelastungen zu schützen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Magistrat dem Vorschlage der Wohnungsdeputation nicht in der vollen Höhe gefolgt ist, sondern einen Ausgleich gefunden hat. Dagegen ist die volle Heranziehung der Inhaber gewerblicher Räume vollkommen berechtigt.

Die städtische Volksspeisung

Im Anschluß an eine Notiz über den Rückgang der Teilnehmerzahl an der Volksspeisung in Neukölln erläßt der Berliner Magistrat folgende Mitteilung:

In Alt-Berlin besteht die Volksspeisung nach wie vor, allerdings ist auch hier im Gegensatz zu den Kriegsjahren eine wesentliche Herabminderung der Teilnehmerzahl eingetreten. Es werden zur Zeit täglich zirka 8200 Liter Essen hergestellt, die sich auf rund 10 700 Personen, und zwar 3800 Erwachsene — darunter 1300 Studenten — und 6900 Schulkindern, verteilen.

Hergestellt werden die Speisen in der Zentralküche, Tresckowstraße 11, die für eine Herstellungsmenge von täglich 40000 Liter Speisen eingerichtet ist und eventuell noch erweitert werden kann. Von hier aus werden die Speisen in wärmehaltigen Gefäßen in die nachstehenden Ausgabestellen transportiert, wo die Ausgabe wochentäglich in der Zeit von 11½ bis 1½ Uhr und sonntäglich von 11½ bis 1 Uhr stattfindet: Steinmetzstraße 79, Schwedter Straße 232, Höchstestraße 34/35, Graunstraße 11, Lange Straße 78, Müllerstraße 158/59, Memeler Straße 24/25, Schmidtstraße 38, Waldemarstraße 77, Bremer Straße 13/17, Alt-Moabit 23, Alte Jakobstraße 127, Mittenwalder Straße 34/6, Tresckowstraße 11, Landsberger Allee 59, Dircksenstraße, Stadtbahnbogen 100, Beuthstraße 16, I.

Der Preis für eine ganze Portion (1 Liter) beträgt zur Zeit 2,50 M., für eine halbe Portion (½ Liter) 1,25 M. Minderbemittelten sowie Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist die Möglichkeit gegeben, die ganze Portion zu 1,30 M. und die halbe Portion zu 65 Pf. zu beziehen. Sie erhalten bei nachgewiesener Bedürftigkeit durch die zuständigen Armenkommissionsvorsteher bzw. die Abteilungen des Magistrats für Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge Ausweiskarten ausgehändigt, die zum Bezuge zu dem vorgenannten billigeren Preise berechtigen. Die Speisen brauchen nicht in den Ausgabestellen verzehrt zu werden, sondern werden auch über die Straße verkauft.

Die Absicht, die Volksspeisung eingehen zu lassen, besteht bis auf weiteres nicht.

Staubfreie Müllabfuhr. Die Abfuhr von Müll, Asche, Kehricht u. dergl. darf nach den geltenden Bestimmungen nur in völlig undurchlässigen Behältern, oder nur mittels vollkommen undurchlässiger und mit dichtschließenden Deckeln versehenen Wagen stattfinden. Die Polizeibeamten sind aufs neue angewiesen, wegen Innehaltung dieser im Gesundheitsinteresse unerläßlichen Vorschriften strengste Kontrolle zu üben und Zuwiderhandlungen unnachsichtlich zur Bestrafung zu bringen. An die Hausbesitzer ergeht die dringende Mahnung, sich nur solcher Abfuhrunternehmer zu bedienen, die diese Vorschriften erfüllen.

Gegen den Heineschen Schießerlaß, dessen Opfer immer wieder Arbeiter werden, ohne daß eine Sühne erfolgt, muß die Arbeiterschaft protestieren durch Teilnahme an der Einäscherung des letzten Opfers, Lohse. Die Einäscherung findet am Sonnabend nachmittag 3½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße, statt. — Für Charlottenburg ist Treffpunkt, 2 Uhr, Luisenplatz.

Schwere Unfälle. Am gestrigen Tage wurde vor dem Hause Danziger Straße 96 in der Nähe der Gasanstalt ein Wagen von einem Auto angefahren. Ein junges Ehepaar wollte auf diesem Wagen Sachen in ihre neue Wohnung bringen. Die Frau wurde gegen den Wagen geschleudert und eine Strecke mitgeschleift. In der Rettungsstelle Danziger Straße wurde ihr die erste Hilfe zuteil; später wurde sie in das Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Das Auto entkam in der Dunkelheit. Auf der rechten Seite des Autos ist eine Scheibe zertrümmert worden. — Vor dem Hause Saluser 16 verunglückte der Kutscher Emil Dehling aus der Havelberger Straße tödlich. Beim Anrücken der Pferde flog er vom Kutscherbock und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag: Mild, jedoch überwiegend bewölkt, mit mäßigen Regenfällen und lebhaften westlichen Winden.

Buch und Bild

Wenn auch Bücher nicht gut oder schlecht machen, besser oder schlechter machen sie doch. Jean Paul

Das große Rüsten zum Fest der Wintersonnenwende — Weihnachten — hat begonnen. Nun ist das Schenken an dem Weihnachtsfeste eine uralte Ueberlieferung. Jeder beschenkt je nach der Größe seiner Papiergeldtasche die Menschen, mit denen ihn Bande der Familie, Kameradschaftlichkeit und Freundschaft verbinden. Der Proletarier sieht sich in den riesigen Kaufpalästen die Weihnachtsausstellungen an und kommt sehr bald zu der Feststellung, daß es mit der Schenkerei in diesem Jahre eigentlich noch schlechter bestellt sein wird als im vergangenen Jahre. Kinder, Preise! Puppen werden bald nur noch das Spielzeug von Kindern sein, die in der Auswahl ihrer Eltern vorsichtiger waren als die blaßgesichtigen Arbeiterkinder. Kann man schließlich noch eine Puppe dem Weihnachtsmann unterschieben, aber Puppenwagen und andere Kinderfahrzeuge — damit ist nichts! Kurz und gut, die Preise für Spielsachen sind geradezu unerschwinglich.

Immer mehr wird das Buch, wir meinen natürlich das gute Buch, der beliebteste Geschenkartikel für alt und jung. Die Preissteigerungen für Bücher sind bei weitem nicht solch hohe wie für alle anderen Geschenkartikel. Und dann ist ein Buch ein Gegenstand von dauernem Wert. Dieser Tatsache hat auch in diesem Jahre die „Freiheit"-Buchhandlung wiederum Rechnung getragen, sie wartet mit einer außerordentlich reichhaltigen Bücher- und Bilderausstellung in den Parterreräumen des Verlagshauses, Breite Straße 8/9, auf.

Kein Prunk, kein Protzentum! Auf Tischen, so daß die Käufer selbst Auswahl treffen können, liegen in ansprechender Weise die Bücher aller Wissensgebiete und der schönen Literatur aus. Auf treppenförmigen Regalen thronen in gediegenen Einbänden, vom Leinen- bis Lederband, die Klassiker. Alle Großen der Belletristik sind vertreten. Ein besonderer Tisch zeigt uns die Werke der großen Sozialisten und Utopisten. Einen sehr breiten Raum nehmen Bilder- und Malbücher für die Kleinsten und die Jugendschriften ein. Die Auswahl ist überall auf das sorgfältigste getroffen.

Die Wände der Ausstellung sind mit künstlerischen Bildern geschmückt. Steinzeichnungen wechseln mit Graviren, stimmungsvolle Landschaften mit Blumen-Stilleben, Tierbilder für Kinderstuben mit Dieffenbachs Schattenrissen „Göttliche Jugend".

Jeder, der sich mit Schenkgedanken trägt, der einem lieben Menschen eine kleine Freude machen will, wird in der „Freiheit"-Ausstellung das Passende finden, da sachkundige Kräfte zur Beratung zur Verfügung stehen. Die Ausstellung ist bis auf weiteres auch Sonnabends bis 6 Uhr abends geöffnet. Tyllus

Gustav Landauers Nachlaß. Martin Buber in Heppenheim a. d. Bergstraße schreibt uns: Von Gustav Landauer letztwillig mit der Sichtung und Herausgabe seines literarischen Nachlasses betraut, bin ich daran gegangen, seine Briefe seinen Wessungen gemäß zu sammeln und die Herausgabe einer Auswahl vorzubereiten. Ich bitte alle, die im Besitze schriftlicher Aeußerungen Landauers sind, sie mir zur Verfügung zu stellen; auf Wunsch werden sofort nach Herstellung von Abschriften die Originale zurückgesandt. Briefe, deren Besitzer einen Abdruck nicht oder nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums für geboten halten, werden mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt dem Archiv einverleibt.

George Grosz wird freigegeben. Vor einigen Tagen ist, wie wir mitteilten, das im Malik-Verlag erschienene Bilderbuch von George Grosz: „Das Gesicht der herrschenden Klasse" durch das preußische Innenministerium beschlagnahmt worden. Der Verlag hat sich in einer Beschwerdeschrift an den preußischen Innenminister gewandt. Wie die P. P. N. hören, wird Severing die durch seinen Amtsvorgänger (Aha! Dominicus!!) ausgesprochene Beschlagnahme aufheben.

Ein „Jomen"-Kongreß. In Moskau fand ein Vortragsabend sämtlicher literarischer Gruppen und Richtungen unter dem Vorsitz Valerius Brjussows statt. Mit Rezitationen ihrer Dichtungen traten auf: die Neoklassiker, Neoromantiker, Symbolisten, Zentrofugisten, Akmeisten, Neoakmeisten, Futuristen, Fuisten, Imaginisten, Expressionisten, Präsentisten, Eklektiker und die „Nitschewo—iker".

Tages-Notizen

U. S. P. D.-Kunstabend für Arbeitslosenkinder. Charlottenburg veranstaltet Sonntag in der Aula der Oberrealschule in der Schiller-, Ecke Hardenbergstraße, einen Kunstabend, dessen Reinertrag der Kinderschutzkommission Charlottenburg für die Kinder der Arbeitslosen überwiesen wird. Da sich die mitwirkenden Künstler in dankenswerter Weise selbstlos in den Dienst der guten Sache gestellt haben, konnte der Eintrittspreis auf 2,50 M. festgesetzt werden, wodurch auch den weniger bemittelten Genossen der Besuch ermöglicht ist. Mitwirkende sind: Frau Hardt zur Nieden (Gesang), Elly Beck (Kleines Schauspielhaus), Leo Mentzer (Rezitation), Hopf (Cello), Kapellmeister Reichel und der Arbeiter-Sängerbund Charlottenburg. Karten in beschränkter Zahl an der Kasse. Anfang 6 Uhr.

Volksbühne. Fränze Roloff vom Neuen Volkstheater liest Sonnabend, 7½ Uhr, im Bürgersaal des Rathauses Wedding. Einlaß 1,50 M. — Am 14. Dezember wird unter der Regie von Friedrich Lade Kleists „Zerbrochener Krug" zusammen mit Molieres „Geizigen" im Neuen Volkstheater zum erstenmal in Szene gehen.

Vier Vorlesungen von Karl Kraus (Wien) in der Sezession, Kurfürstendamm 232, abends 7½ Uhr, am Donnerstag, 8. Dez., Sonntag, 11. Dez., Mittwoch, 14. Dez., und Sonnabend, 17. Dez. Preise: für den einzelnen Abend 3 bis 20 M., für alle vier Abende 15 bis 50 M. Karten bei L. Wertheim und Bote u. Bock.

Ausstellungen. Dezemberausstellung des „Sturm" (Potsdamer Straße 134a): Erich Buchholz, expressionistische Gemälde und Holzbilder und Verkleinerungsausstellung der Werke der Meister des Staatlichen Bauhauses Weimar. (Täglich von 10—6, Sonntags von 11—2 Uhr.)

Die Cezannesausstellung bei Paul Cassirer, die wir gestern gewürdigt haben, bleibt nur noch während dieser Woche geöffnet. Der letzte Ausstellungstag ist Sonntag, den 11. d. M.

Gewerkschaftliches

Wohlfahrtseinrichtungen

Daß „Wohltaten", die die bürgerliche Gesellschaft an die Bedürftigen gewährt, zur Plage werden können, hat schon der deutsche Geistesheros Goethe festgestellt. Mit den vielfach eingeführten Wohlfahrtseinrichtungen versucht man in kümmerlicher Art, soziales Unrecht zu korrigieren. Einzelne Spender und Stifter bringen durch solche Abschlagszahlungen an die Gesellschaft oft nur ihr seelisches Gleichgewicht in Ordnung. Handelt es sich um Korporationen, Gesellschaften, so dienen diese Wohlfahrtseinrichtungen sehr oft nur als Köder und die Aussicht auf eine sogenannte Alterspension oder auch nur auf Zuschüsse sollen den Einnehmern zeitlebens an die Betriebe fesseln und ihn veranlassen, auch mit geringem Lohn vorlieb zu nehmen. Denn die Wohlfahrt winkt...

Vor uns liegt der Jahresbericht der A. E. G. für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921. Uns interessieren hier lediglich die Wohlfahrts-Einrichtungen. Es gibt hier einen Unterstützungsfonds, eine Ruhegehaltseinrichtung für Angestellte, eine Mathilde Rathenau-, eine Erich Rathenau-Stiftung und eine Emil Rathenau-Kriegsstiftung. Das sind 5 Stiftungen. Die Gesamtsumme all dieser Stiftungen beträgt 44,830,747 Mark, eine ganz respektable Summe. Die Gesamtsumme der gewährten Ruhegehälter, Zuschüsse und Stipendien usw. beträgt ganze 2 547 142 Mk. Bei den Abgängen befindet sich ein Posten „Ausgaben der Unterstützungskasse" in der Höhe von 1 518 811 Mk. Daraus ist nicht klar zu ersehen, ob das die Summe der gewährten Unterstützungen ergibt oder eine Ausgabe für andere Zwecke technischer Natur usw. darstellt. Sollte letzteres zutreffen, dann müssen diese 1½ Millionen von der Gesamtunterstützungssumme noch in Abzug gebracht werden. An Verwaltungskosten werden 79 234 Mk. in Abzug gebracht. Daraus ist zu ersehen, daß die „Wohltaten" nicht recht in Einklang zu den großen Unterstützungssummen zu bringen sind. Die Ruhegehaltseinrichtung für Angestellte beträgt zum Beispiel 28 348 621 Mk. (Die aufgerechneten Pfennige lassen wir weg.) An Ruhegehältern wurden aber nur 126 391 und an Zuschüssen 241 585, insgesamt 367 977 Mk. ausgeworfen. Das Mißverhältnis zwischen dem Fonds und den gewährten Wohltaten wird noch krasser, wenn wir ferner den buchmäßigen Geschäftsgewinn von 1920/21 hier anführen. Derselbe betrug nur 247 913 401 Mk. All diese Angaben sind dazu angetan, über die beste aller Welten und über „Wohltaten", die die bürgerliche Gesellschaft höchstselbst gewährt, nachzudenken. Weniger Wohltaten und ausreichendere Gehälter wäre der großen Masse aller Arbeitnehmer zweckdienlicher.

Drohender Kampf in der Margarine-Industrie und Großhandel

Die Angestellten der Margarine-Werke „Berolina" hatten Mitte November d. J. durch ihre Organisation neue Forderungen unterbreiten lassen, doch hat die Direktion abgelehnt, zu verhandeln.

Das seitens der Direktion gemachte Angebot auf Gewährung einer Weihnachtsgratifikation, deren Höhe von der Direktion festgesetzt werden sollte, wurde von den Angestellten einstimmig abgelehnt, da derartige Geschenke die Lage der Angestellten keineswegs verbessern können. Der Firma wurde nunmehr ein kurz bemessenes Ultimatum gestellt. Wird bis zu diesem Termin von seiten der Firma nicht verhandelt, so wird am Sonnabend, den 10. Dezember 1921, eine erneute Versammlung weitere Maßnahmen beschließen.

Bei dieser Gelegenheit machen wir sämtliche Angestellten der Margarine-Industrie und des Großhandels darauf aufmerksam, daß Mitte der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung aller Angestellten dieser Branche stattfindet und bitten wir daher, die Vereinskalender zu beachten. Auskünfte erteilt der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, Telephon: Nollendorf 4460/63.

Zur Erwerbslosenfürsorge

Aus dem Reichsarbeitsministerium schreibt man uns: Die Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge sind durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. November d. J., die in Nr. 107 des Reichs-Gesetzblattes veröffentlicht ist, in verschiedenen Punkten geändert worden. Bemerkenswert ist u. a., daß der § 14 der bisherigen Verordnung, der die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Auszahlung der Unterstützung und der Kontrolle der Erwerbslosen regelt, eine klare Fassung erhalten hat. Neu eingefügt ist eine Bestimmung über die Anrechnung aus Gelegenheitsverdienst auf die Erwerbslosenunterstützung. Da die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge seit ihrer letzten Veröffentlichung bereits mehrfach abgeändert worden ist, ist der nunmehr geltende Wortlaut der ganzen Verordnung gleichfalls unter dem 1. November 1921 neu veröffentlicht worden.

Tarifliche Regelung bei den Arbeitsnachweisen. Am Dienstag tagten die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der Berliner städtischen Arbeitsnachweise. Genosse Siegle referierte über den Tarifvertrag, der zwischen der AfA und der Gewerkschaftskommission einerseits und der Stadt Berlin andererseits für die Arbeitsnachweisangestellten abgeschlossen wurde. Redner besprach den Tarif und wies auf die einschlägigen Bestimmungen hin, die sehr ausführlich gehalten sind. Eine feste Regelung erfahren die einzelnen Bestimmungen über Aufwandsentschädigung, Mitbestimmungsrecht, Kündigung, Tarifstreitigkeiten usw. Die Gehälter setzen sich aus einem Grundgehalt und dem Ortszuschlag zusammen und gelten bis 31. Dezember 1922. Die Erhöhung der Gehälter tritt nach der Besoldungsordnung nach je 2 Jahren ein. Festgestellt wurde, daß dieser Erfolg der Gewerkschaften über die Forderungen, die der Kommunalverband stellte, hinausgingen. Zum Schluß wurde einstimmig dem Antrag Siegles zugestimmt, die Gewerkschafts- und Arbeitsnachweiskommission zu beauftragen, den Vertrag dem Magistrat einzureichen.

Lohnkämpfe in der Metallindustrie? Der AfA-Bund hatte die in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten am 7. Dezember aufgerufen, um sie für die voraussichtlichen Lohnkämpfe aufzurütteln. In der Schultheiß-Brauerei sprach Kollege Rothe. Er schilderte die Schwierigkeiten der letzten Verhandlungen, in der die Unternehmer im Bewußtsein der Indifferenz weiter Kreise der Angestellten alle Zugeständnisse ablehnten. Neue Verhandlungen stehen bevor. Es wird Aufgabe der Organisation sein, an eine wesentliche Aufbesserung der Grundgehälter zu gehen und den Abbau der Teuerungszulagen und der sozialen Zulagen durchzusetzen. Da muß die gesamte Angestelltenschaft mit allen Machtmitteln den Kampf aufnehmen, sich restlos hinter die Forderungen der AfA stellen und solidarisch mit den Handarbeitern vorgehen. In der Diskussion wurden die Ausführungen unterstützt und eine Resolution angenommen, die sich gegen die einmaligen Beihilfen wendet und eine ausreichende Erhöhung des Grundlohnes fordert. In der Versammlung im Deutschen Hof referierte im selben Sinne Scholz und wurde auch hier die Resolution angenommen. Walter widerlegte glänzend die Ausführungen eines Vertreters des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der mit Einigungsbestrebungen für seinen Verband Propaganda machte.

Befreiung von der Versicherungspflicht. Der Reichstag hat vor einiger Zeit einen Gesetzantrag angenommen, dem der Reichsrat zugestimmt hat, wonach den durch die Ausdehnung der Angestelltenversicherungspflicht bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mark der Versicherungspflicht Unterworfenen die Möglichkeit einer Befreiung von der eigenen Beitragsleistung dann gewährt wird, wenn bis zum 10. Juni 1921 eine Privatversicherung mit ausreichender Prämienhöhe beantragt ist, bzw. eine bis zum 10. Juni 1921 beantragte Privatversicherung durch einen bis zum 31. Dezember 1921 zu stellenden Nachversicherungsantrag entsprechend ergänzt wird. Der Befreiungsantrag selbst ist bis zum 31. Januar 1922 nur bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung auf dem dort kostenfrei zur Verfügung stehenden Vordruck zu stellen. Früher an die Reichsversicherungsanstalt eingesandte Anträge sind bei der Ausgabestelle zu wiederholen. Unmittelbar an die Reichsversicherungsanstalt gerichtete Anträge müssen an den Einsender zurückgegeben werden.

Die Satzungen und Geschäftsordnungen der Internationalen Arbeitsorganisation sind nunmehr in deutscher Sprache erschienen. Einleitend enthält das Buch Teil XIII der Friedensverträge von Versailles und Trianon, bzw. Teil XII des Vertrages von Neuilly, betr. die Schaffung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung auf Grund einer sozialen Gerechtigkeit zur Begründung des Weltfriedens. — Die wachsende Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes erfordert eine eingehende Beschäftigung aller Sozialpolitiker mit dieser Materie und insbesondere mit den Aufgaben und dem Aufbau des Internationalen Arbeitsamtes. Das Buch kostet 8 Mark und ist zu beziehen vom Internationalen Arbeitsamt, Amt Berlin, A. Schlicke, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35. Tel.: Norden (2831).

Arbeitersport

T.-V. Fichte, 13. Abteilung. Schule Görlitzer Ufer. Nach Renovierung der Turnhalle Wiederaufnahme der Turnstunde für Schüler und Erwachsene Freitag, den 9. Dezember, 8 Uhr.

Arbeiter-Touristenbund „Naturfreunde". Die Zusammenkünfte in der wissenschaftlichen Abteilung finden nicht am 8. und 22. Dezember, sondern nur am Freitag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, beim Genossen Better, Neukölln, Weigandufer 8, statt.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Die „Naturfreunde-Ausstellung" in den Räumen der Handwerkerschule, Berlin W., Königin-Augusta-Ecke Matthäikirchstraße, ist von heute nur bis 7 Uhr abends geöffnet und findet bis Sonnabend, den 10. Dezember, statt. — Abteilung Charlottenburg. Donnerstag, den 8. Dez., 2. Abend „Revolutionäre Lyrik", „Walt Whitmann", im Heim, Berlin, Stollschreiberstr. 62 (Metzplatz).

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 11. Dezember, Havelwanderung Nikolassee—Pichelswerder. Abf. 8,06 Uhr Schlesischer Bahnhof und 8,20 Uhr Wannseebahnhof. Nächste Mitgliederversammlung Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Charlottenburg. Die Genossen, die zu Sonntag vormittag 11 Uhr nach der Leibniz-Oberrealschule bestellt worden sind, werden gebeten, um 9 Uhr zu erscheinen, weil die Schulverwaltung nur zwischen 9 und 10 Uhr die Vorarbeiten gestattet.

Freitag, 9. Dezember

8. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends pünktlich 7½ Uhr bei Kulko, Lauenburger Str. 22. Sitzung des Vorstandes mit den gesamten Funktionären und der Agitationskommission.

19. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Vorstandssitzung bei Viehler.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Halensee. Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission (Weihnachtsfeier) bei Kettenberg, Joachim-Friedrich-Str. 33.

U. S. P.-Straßenbahner. Abends 7 Uhr bei H. Schweitzer, Alte Jakobstraße 24, wichtige Funktionärsitzung. Ausgabe von Material für die Urabstimmung zum Parteitag. Alle Bahnhöfe müssen vertreten sein. Auf allen Dienststellen müssen sofort Aushänge angebracht werden mit dem Hinweis, daß Sonnabend, den 10. Dezember, von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr die Urwahl in den Zahlabendlokalen auf den einzelnen Bahnhöfen und Plätzen stattfindet.

Sonnabend, 10. Dezember

28. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf, Tegel, Wittenau). Abends 6½ Uhr Fortsetzung der Generalversammlung im Zeichensaal der 1. Gemeindeschule, Reinickendorf, Lindauer Straße.

8. Distrikt. Urwahl der Delegierten zum Parteitag. 1. Abt. bei Barleben, Burgdorfer Str. 13. 2. Abt. bei Erdmann, Schönwalder Str. 23.

14. Distrikt. Heute abend 5—9 Uhr Urwahl zum Parteitag bei Büttner, Schwedter Str. 23, ferner Sonntag früh von 10—1 Uhr. Alle Genossen und Genossinnen müssen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

19. Distrikt, 2. Abteilung (Kreuzberg). Abends 8½ Uhr Bezirksführersitzung bei Redlich, Gneisenaustr. 17.

Steglitz. Die Delegiertenwahlen zum Parteitag finden in folgenden Lokalen statt: Bezirk 1—3 bei Rangk, Fichtestr. 4, Bezirk 4—7 bei Tiel, Albrecht-, Ecke Ringstraße. Wahlzeit: Sonnabend, 7—9 Uhr abends, Sonntag 9—12 Uhr mittags. Jede Genossin und jeder Genosse muß zur Wahl gehen.

U. S. P.-Lehrer. 4½ Uhr, „Freiheit"-Bibliothek. T.-O.: Weltliche Schule.

Britz. Abends 8 Uhr Funktionärsitzung bei Meier, Chaussee-, Ecke Jahnstraße. Die Urwahl zum Parteitag findet am Sonnabend in der Zeit von 5—8 Uhr und Sonntag von 10—1 Uhr in demselben Lokal statt.

Distrikt Spandau. Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlungen in folgenden Lokalen: Wind, Pichelsdorfer Str. 5 (Jägerhäuschen); Lonardt, 2 „Zum Africaner", Fischerstraße; Mischke in Siemensstadt, Volitastraße, und in der Gartenstadtschule Staaken.

Köpenick. Abends 7 Uhr veranstalten im Köpenicker Stadttheater der Gesangverein „Freiheit", Radfahrerverein „Vorwärts", Turnverein „Eiche" und der Musikverein „Harmonie" einen Wohltätigkeitsabend zum Besten der Hungernden in Rußland.

Montag, 12. Dezember

14. Distrikt. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz. Sämtliche Funktionäre haben teilzunehmen.

Vereinskalender

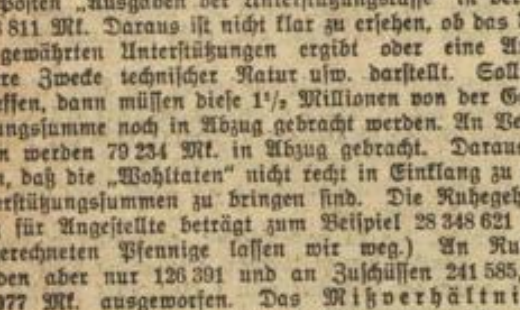
Freitag, 9. Dezember

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel (Herrenhut-Geschäfte). Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Bücherhaus, Bücherstr. 61. — **Finanzämter.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Musikfälle, Kaiser-Wilhelm-Str. 61. — **Gemeinde (Verwaltungsangestellte).** Abends 7 Uhr Funktionärversammlung, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97. — **Privatversicherung (Einnehmer).** Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung, Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — **Reichsorganisationen.** Nachm. 5 Uhr öffentliche Versammlung, Philharmonie, Bernburger Str. 22/23.

Sonnabend, 10. Dezember

Turn- und Sportverein „Fichte", Berlin. (2. Männerabteilung). Abends 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Grutke, Muskauer Str. 1.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: A. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kornitzer, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.



Dukaten-Gold (900 gest.)
333 — 585 gest.
Jede Größe am Lager. Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt. Nicht die Reklame, der Name bürgt für Qualität und Preiswürdigkeit.
Spezialhaus fugenloser Trauringe
Erich Fahrmann, NW 87, Gotzkowskystr. 13.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch.

Das Leben des Süßwassers
Eine gemeinverständliche Biologie von Dr. Ernst Hentschel
236 Seiten mit 229 Abbildungen im Text, 16 Vollbildern und einem farbigen Titelbild
Preis broschiert 25.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 \ Breite Straße 8-9

Von Ad. Jensen u. W. Lamszus / Buchschmuck v. Hugo Sittel
Halbleinen gebunden, der Titel in Dreifarbendruck
12.— Mark
Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2
Breite Straße 8-9 — Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen der „Freiheit" vorrätig

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz-Krausen 22 M.
Portorico . . 23 M.
Gold Shag . . 27 M.
Rund Gr. Hamburger Straße 1.

Münzen
Sammlungen k. Bali, Berlin, Wilhelmstr. 46/47
Münzen
Handlung

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehlhaar,
SO., Waldemarstraße 41.

Säle frei!
f. Festlichkeit. u. Versamml. zu soliden Preisen
Keller's Festsäle, Koppenstr.
Inhaber: Gustav Sawatzki

Botenfrauen
sofort gesucht

„Freiheit"-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4
Tour: Kaiser-Friedrich-Str. — Spandauer Straße — Friedrich-Karl-Platz.

Annahme in allen Spediteuren des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ueberschriftwort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellengesuche: Ueberschriftwort 1.50, jed. weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Große Schneidebeder-Maschine, vier Richters Anker-Steinbankasten, verkauft Müller, Lichtenberg, Hauptstr. 6 (Pfarrstr.)

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Skunkskragen, Muffen. Sämtliche Pelzwaren, Hälfte herabgesetzte, sportbilliger Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthaler Straße.

Weihnachtsverkauf! Anzüge, Schlafröcke, Ulster, elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse 175—1200. Riesenauswahl in allen Artikeln und Preislagen. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Spottbillige Pelzwaren! Kreuzfüchse, Rotfüchse jetzt 60,—. Wölfe, Silberfüchse, Alaska, Zobelfüchse. Riesenauswahl aller Pelzarten zu bedeutend herabgesetzten billigen Sommerpreisen, nur Gelegenheitskäufe, keine Lombardwaren. Leihhaus Köpenickerstr. 121

Herrenhüte 68,50. Trotz Preissteigerung verkauft neueste Formen, beste Qualitäten für obigen Spottpreis Hutformenvertrieb A. Bernstein, Köpenicker Str. 76, Eingang Bülowstr. 1.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Central-Leihhaus, Jäger-straße 71, Ecke Kronenstraße, täglicher Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Smokings und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlafröcke, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark ent. Alaskafüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Skunkse! Iltisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Ersatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Kreuzfüchse 100.—! Alaskafüchse! Zobelfüchse! Silberfüchse! Skunks! Opossum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Riesen-Weihnachtsverkauf zu erstaunlichen Spottpreisen! (Keine Ersatzware). Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof Nordring) (Fahrtvergütung).

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90,—, ex, Rotfüchse 70,—, Zobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kleiderschränke, Vertikom, englische Bettstellen, Sofas, Ausziehtische, Stühle, Sofakombinat, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8/9

Chaiselongues 190,—, Chaiselguedecke 75,—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen. Meicke, Auguststraße 37a, Quad.

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162

Chaiselongues 325.— bis 975.—, Auflegematratzen, Patentmatratzen 160.—. Walter, Stargarder Str. 60, sehr nahe.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Redlich, Badstr. 34.

Fahrräder

Fahrradhaus, Elsenstr. 19.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Altmetalle zahlt höchste Tagespreise. Bauch, Marxnusstraße 27c.

Schnelldrehstahl, Spiralbohrer, Schmiegeleisen kauft Greifswalder Straße 44.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche (sämtliche Metalle.

Photoapparate, Prismengläser kauft Haller, Neue Königstr. 19c.

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwarenfabrik, Brunnenstraße 168.

Schellack, Leim, Firnis usw. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87. Königstadt 3001.

Verschiedenes

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gut gebund., 352 Seiten stark, nur 3.— M., Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— M. den „Weg zum Glück", Roman v. Conrad Loris von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 352 Seit. stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Grossen Erfolg haben selbst die kleinen Anzeigen in der Freiheit

Bücher- u. Bilderausstellung der Freiheit-Buchhandlung - Breite Str. 8-9
Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends • An Sonntagen geschlossen